

Ausländerkriminalität als Begründung für Gesetzänderung zu Lasten österreichischer Männer

BZÖ-Nikel: „Verfälschte Wahrnehmung bei Frauenvereinen und türkis-blauen Regierungsdamen“

„Die Welle an gewalttätigen Attacken, Vergewaltigungen und Morden hat nicht am 1.1.2019 begonnen, sondern mit der defacto-Auflösung des österreichischen Rechtsstaates im Jahr 2015. Die damalige Faymann-Regierung war weder willens noch fähig, den unkontrollierten Zustrom von orientalischen Menschenmassen zu stoppen. Was damals im Gepäck dieser Kulturbereicherer war, können wir nur vermuten. Offenbar war es nicht nur Reiseproviant.“, sagt der BZÖ Landesobmann Helmut Nickel.

„Seit 2015 stellen wir eine extreme Zunahme der Gewalt in Österreich fest. Trotz der sich abzeichnenden Gewaltexzesse war die öffentliche Hand untätig. Nun spitzt sich die Lage mit fürchterlichen Morden an Frauen zu.

Anstatt das Problem an der Wurzel zu packen, kommen nun Frauenvereine und einige Frauen in der türkis-blauen Regierung auf die segensreiche Idee, die Gesetzeslage im Bereich Wegweisungen und Betretungsverbot zu verschärfen (!).“

Nikel weiter: „Die in ihrer Blindheit vereinten Damen mögen uns erklären, wie sich Syrer, Äthiopier oder Afghanen von Frauenmorden abhalten lassen:

- Mit Verschärfung der Gesetzeslage gegen österreichische Männer?
- Mit 100 neuen Betreuungsplätzen für bedrohte Frauen?

Frauenvereinsvertreterinnen und Regierungsvertreterinnen sollten in sich gehen und die anstehenden Themen sachlich sondieren. Als Gedankenanstoß sei ihnen mitgegeben: Mit einem überholten Geschlechterkampf-Denken werden sich die Probleme des Gewaltimportes durch Massenzuwanderung nicht lösen können.“